

Neudruck

Antrag

der Abgeordneten
Iris Schülzke,
Christoph Schulze und
Péter Vida
fraktionslos

Verkleinerung des Landtages Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, bis 30.06.2015 ein Änderungsgesetz zum Brandenburgischen Landeswahlgesetz (BbgLWahlG) zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Änderungsgesetz soll folgende Punkte beinhalten:

1. Änderung des § 1 Absatz 1 Satz 1 BbgLWahlG dahingehend, dass ab der nächsten Landtagswahl 68 statt 88 Abgeordnete zu wählen sind,
2. Änderung des § 1 Absatz 1 Satz 2 BbgLWahlG dahingehend, dass 34 statt 44 Wahlkreise zu bilden sind,
3. Änderung des § 3 Absatz 7 BbgLWahlG und des § 3 Absatz 9 BbgLWahlG dahingehend, dass sich die Gesamtzahl der Abgeordneten für einen Verhältnisausgleich höchstens bis 85 erhöht,
4. Änderung der Anlage zu Artikel 1 (§ 15 Absatz 1 BbgLWahlG) dahingehend, dass die Einteilung der hiernach nur noch 34 Wahlkreise den Grundsätzen des § 15 Absatz 1 BbgLWahlG entspricht.

Begründung:

Der Landtag Brandenburg ist seit seinem Bestehen seit dem Jahr 1990 hinsichtlich seiner Größe nicht angepasst worden. Auch wenn es auf der Hand liegt, dass nicht jede Einwohnerzahlschwankung unmittelbar zu einer Sitzzahländerung eines Legislativorgans führen kann, so ist doch nach 24 Jahren des Bestehens eine Anpassung, die voraussichtlich erst 2019 - mithin nach 29 Jahren - relevant wird, angemessen.

Hierbei müssen auch die in den Jahren gewonnenen Erkenntnis- und mit anderen Bundesländern möglichen Vergleichswerte Berücksichtigung finden. Derzeit beträgt

die durchschnittliche Repräsentationsquote (Einwohner je Landtagsabgeordnetem) aller Bundesländer rund 37.800. Ein Abgeordneter ist statistisch, durchschnittlich gesprochen quasi für 37.800 Einwohner „zuständig“. Dabei sind bereits die Stadtstaaten mit eingerechnet, die üblicherweise eine dichtere Quote (sprich mehr Abgeordnete für eine bestimmte Zahl an Einwohnern) aufweisen, da sie über die Funktion als Landtag hinaus auch gewisse Aufgaben gleichsam einer Stadtverordnetenversammlung übernehmen. Betrachtet man statistisch präziser nur die Flächenländer, ergibt sich eine Repräsentationsquote von 43.000. Brandenburg hingegen verfügt über eine Quote von nur 27.850. Ein durchschnittlicher Abgeordneter in Brandenburg ist mithin für 26% oder gar (wenn man nur die Flächenstaaten betrachtet) 35% weniger Einwohner "zuständig". Diese deutliche Diskrepanz gilt es, zu schließen. So verfügt bspw. das Bundesland Schleswig-Holstein, das 2,8 Millionen und somit 350.000 Einwohner mehr als Brandenburg hat, über einen Landtag mit 69 Sitzen. Durch eine Senkung auf 68 Abgeordnete entstünde für Brandenburg eine Quote von 36.000, mithin eine sich dem bundesweiten Durchschnitt annähernde Zahl.¹

In weiten Bereichen der öffentlichen und politischen Diskussion ist es außerdem gefestigte Meinung, dass der demografische Wandel sich in schlankeren Verwaltungs- und Gremienstrukturen niederschlagen müsse. So hat der Ministerpräsident in seinem Interview in der Märkischen Oderzeitung am 14.11.2014 ebenfalls ausgeführt: *"Das ganze Land verändert sich demografisch. Da können wir uns nicht hinstellen und sagen: Nur die Verwaltung muss so bleiben, wie sie ist."* Diese Darstellung ist ebenso auf den Landtag übertragbar. Als Organ des Landes Brandenburg ist auch er ein Spiegelbild der Einwohnerentwicklung, sodass nachdrücklich geforderte, einschneidende Veränderungen in der Exekutive zumindest ein Stück weit auch in der Legislative nachgezeichnet werden sollten.

Hiernach wird eine Senkung der Zahl der Abgeordneten um 23% auf 68 Sitze vorgeschlagen. Diese Zahl ist ausreichend groß, um eine pluralistische Stimmenverteilung proporzgerecht abbilden zu können. Um die bisher übliche Einteilung in zur Hälfte über Wahlkreise und zur Hälfte über Landesliste zu erringende Mandate beizubehalten, ist eine Senkung der Zahl der Wahlkreise auf 34 erforderlich. Schließlich bedarf es auch einer Anpassung bei der Zahl der Deckelung der aufgrund von etwaigen Überhangmandaten notwendig werdenden Ausgleichsmandate. Bisher war diese auf das 1,25fache, mithin $88 \times 1,25 = 110$, festgesetzt. Diese Deckelung erscheint angesichts der sich aufgrund von demoskopischen Stimmenverteilungswahrscheinlichkeiten und den Grundsätzen des Hare-Niemeyer-Verfahrens möglicherweise ergebenden Überhang- und Ausgleichsbedarfe als ausreichend und sollte beibehalten werden. Daher bedarf es einer Regelzahl an Abgeordneten, die durch 4 teilbar ist. Auch deswegen wird die Zahl auf 68 (und nicht etwa 66) festgesetzt. Die sich hiernach ergebende Höchstzahl im Sinne von § 3 Absatz 7 BbgLWahlG und § 3 Absatz 9 BbgLWahlG beträgt daher 85. Schließlich bedarf es einer Anpassung der Wahlkreis-zuschneidung.

Iris Schülzke
Christoph Schulze
Péter Vida

¹ Hinweis: Bei den Berechnungen wurde der einfache, nicht gewichtete, für das Land Brandenburg günstigere Durchschnitt zu Grunde gelegt.